



Liebe Leserinnen und Leser,

der Kiesabbau hat insbesondere am Niederrhein erschreckende Dimensionen angenommen und zerstört die Landschaft und viele zu schützende Güter.

Durch die Entfesselungsbeschlüsse der CDU/FDP-Landesregierung sowie die Novellierung des Landesentwicklungsplans und des Landeswassergesetzes wurden die Weichen für einen noch exzessiveren Kiesabbau gestellt. Verloren gehen dabei Grundwasserspeicher, Dauergrünland als wichtiger CO²-Speicher, landwirtschaftliche Flächen für die Ernährung, Auen und Brachland für den Artenschutz.

Die DNA des Niederrheins wird buchstäblich verramscht

Mit dem Ausverkauf unseres Wasserfilters Sand und Kies betreibt die Kiesindustrie aber auch den Ausverkauf der Lebensqualität für Mensch und Natur am Niederrhein. Wiesen, Äcker und landwirtschaftliche Flächen, also die DNA des Niederrheins werden buchstäblich verramscht. Damit wird eine ganze Kulturlandschaft zerstört und das Bild des Niederrheins dauerhaft verändert. Dass die Landesregierung dies als „Entfesselungspolitik“ bezeichnet, ist geradezu zynisch. Sie macht sich zum Erfüllungsgehilfen der Sand- und Kiesunternehmen und deren Profitgier.

Abgrabungsfläche so groß wie 2.700 Fußballplätze ist verantwortungslos

Denn nach jetzigem Stand würde der Niederrhein mit einer Abgrabungsfläche von insgesamt knapp 1.200



Hektar rechnen müssen. Das sind rund 2.700 Fußballplätze. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die Ursachen und Auswirkungen der Flutkatastrophen und des Klimawandels, werden wir uns auch weiterhin gegen eine solche verantwortungslose Planungspolitik stellen und den Widerstand aufrechterhalten, denn es wird vollkommen vernachlässigt, dass Trinkwasser ein schützenswertes Gut und Lebensmittel ist, auf das wir nicht verzichten können. Dieses Trinkwasser wird am Niederrhein geschützt durch eine dicke Schicht von Kies und Sand. Sie wirken daher wie ein gut funktionierender, kostenloser Filter. Übrig bleiben große Wasserflächen mit hoher Verdunstung. Die GRÜNE Kreistagsfraktion setzt sich seit langem für einen fortschrittlichen und zukunfts-

weisenden Wandel ein. Neben einer Erhöhung der Recyclingquote müssen vor allem schon bestehende Forschungen und Entwicklungen für Alternativen weiter ausgebaut und gefördert werden.

HELGA FRANZKOWIAK:

„Die NRW-Landesregierung ist offenbar nur noch Erfüllungsgehilfe der Kiesindustrie“



Gespräche zur Nachnutzung von Kiesabgrabungen sind eine Farce

Die im Dezember stattfindenden Gespräche zwischen dem NRW-Wirtschaftsministerium und den von Kiesabgrabungen betroffenen Kommunen am Niederrhein ist eine reine Alibi-Veranstaltung um die trügerischen Angebote aus den Hochglanzbroschüren der Kiesindustrie zu forcieren.

Das Ministerium versuche die Umwelt- und Klimasünden mit bunten Bildern reinzuwaschen.

Freizeitanlagen sind für Kommunen ein reines Zuschussgeschäft

Wir GRÜNE erkennen auch keinen gesellschaftlichen Mehrwert bei potentiellen Nachfolgenutzungen, denn Freizeiteinrichtungen erfordern hohe Investitionen und Betriebskosten. Ein gutes Beispiel ist das Freizeitzentrum in Xanten. Das wird zwar von der Kiesindustrie in ihren Broschüren immer gelobt, obwohl sie sich nicht an den Folgekostenverträgen betei-

ligen. Sie sind für die Kommunen ein Zuschussgeschäft und oft zusätzlich eine Belastung für die Anwohner in Form von Lärm und Autoverkehr. Dass dieses Wissen bewusst von der Industrie unter den Teppich gekehrt wird, zeigt wie unseriös die Kiesindustrie unterwegs ist.

Dem Niederrhein droht Ausbeutung in doppelter Form

Die Kiesabgrabungen verkommen zu einem weiteren Meilenstein auf dem Weg in die Freizeitgesellschaft. Mit dem Regionalplan tut letztlich der Regionalverband Ruhr nur etwas für die Menschen im Ruhrgebiet, die dann im Sommer an den Niederrhein zum Baden kommen.

Dort wird die Mehrheit der Bevölkerung begeistert sein, das Freizeitvergnügen bleibt bei ihnen, die Belastung und der Verlust bei der einheimischen Bevölkerung. Also eine Ausbeutung des Niederrheins in doppelter Form.

HELGA FRANZKOWIAK:

„Anstatt sich mit den betroffenen Kommunen solidarisch zu zeigen und die Reduzierung der Abbauflächen einzuleiten, will das Ministerium darüber reden, wie eine Nachfolgenutzung der Wasserflächen aussehen soll. Damit macht sie sich zum Erfüllungsgehilfen der Kies- und Sandindustrie.“



Moratorium könnte Schaden am Niederrhein begrenzen

Wir begrüßen es daher auch ausdrücklich, dass Landrat Ingo Brohl (CDU) unsere Forderung nach einem Moratorium für den 2020 verabschiedeten Landesentwicklungsplan übernommen hatte.

Man könnte damit noch vor der Verabschiedung des Regionalplans Ruhr die Fehlentscheidungen von CDU und FDP im Land korrigieren. Eine zukünftige Landesregierung müsste dann die Verlängerung des Versorgungszeitraums für die Kiesindustrie von 20 auf 25 Jahre zurücknehmen und die Abbaumengen reduzieren.

Landesregierung in den Fängen der Kiesindustrie

Aber die Ablehnung eines solchen Kies-Moratoriums durch die Nord-



rheinwestfälische Landesregierung macht unserer Ansicht erneut deutlich, dass sich CDU und FDP nicht mehr aus den Fängen der Kiesindustrie befreien können!

Denn anders können wir uns die Ablehnung für ein Moratorium beim Landesentwicklungsplan (LEP NRW) in Sachen Sand- und Kiesabbau nicht erklären.

FDP-Minister Pinkwart schafft neues Überflutungsrisiko am Niederrhein

Es ist geradezu zynisch, wenn der Minister seine Ablehnung damit begründe, dass durch die Flutkatastrophe im Ahrtal und an der Erft und dem damit verbundenen Wiederaufbau, der Rohstoffabbau am Niederrhein forciert werden müsse.

CDU und FDP täuschen mit einem RVR-Austritt Verbesserung vor

Wenn Vertreter*innen von CDU und FDP im Kreis Wesel behaupten, dass sich die Probleme beim hemmungslosen Raubbau durch die Kiesindustrie am Niederrhein dadurch lösen lassen, dass man den Regionalverband Ruhr verlassen soll, der kennt entweder die Zusammenhänge nicht oder will den Betroffenen buchstäblich Sand in die Augen streuen. Denn der RVR als Regionalplanungsbehörde für den Kreis Wesel ist wie jede andere untergeordnete Behörde verpflichtet, nach Recht und Gesetz zu handeln.

Demnach müsste auch die weisungsgebundene Regionalplanungsbehörde Düsseldorf – die nach einem Austritt aus dem RVR zuständig wäre – die Vorgaben des Landesentwicklungsplans umsetzen und entsprechende Flächen im Regionalplan ausweisen. Bevor nun die politischen Schadensverursacher Scheindebatten führen, ob man die selbstgeschaffenen Probleme damit löst, wenn der Kreis Wesel den Regional-

verband Ruhr verlässt, sollte man sich auf die Suche nach möglichst konsensfähigen Abgrabungsstandorten machen. Bereits im Vorfeld der Überarbeitung des Landesentwicklungsplans und der Erstellung des Regionalplans Ruhr hat der nordrhein-westfälische Landtag die Landesregierung aufgefordert, verpflichtend Abgrabungskonferenzen auf regionaler Ebene durchzuführen. Damit sollte der Ausgleich zwischen den Anforderungen an die Rohstoffversorgung und den durch den Abbau ausgelösten Konflikte auf regionaler Ebene ermöglicht werden.

Die dort geäußerten Hinweise und Erkenntnisse wurden jedoch weder gewürdigt noch berücksichtigt. Da wird behauptet, dass es massive Probleme für die Bauwirtschaft und damit auch für die Konjunktur geben würde, wenn keine neuen Flächen für die Rohstoffgewinnung genehmigt werden. Und die Recycling-Quote bei Bauschutt sei schon komplett ausgeschöpft. Hierzu muss man wissen,

dass die regionalplanerische Bedarfsermittlung von Kies und Sand ausschließlich an den Mengen, die die Kiesindustrie in den jeweils letzten drei Jahren abzugraben vermochte, erfolgt. Einzig die abgebaute Menge stellt somit den „Bedarf“ dar.

HUBERT KÜCK:

„CDU und FDP nutzen RVR-Austrittsdebatte als Nebelkerze, um vom Kern des eigentlichen Problems abzulenken. Sie wollen ihre eigenen Entscheidungen in Düsseldorf vertuschen.“



Wo sind die Probleme der Bauwirtschaft?

Daraus folgt, dass je fortgeschrittener also der technische Abbau und die Absatztätigkeiten sind, desto mehr Flächen werden der Kiesindustrie als sogenannter „Bedarf“ neu zugewiesen.

Da ist nicht festgelegt, wessen „Bedarf“ ermittelt werden soll. Somit ist das zurzeit angewandte Abgrabungsmonitoring als Grundlage für die Berechnung landesplanerischer Versorgungssicherheit nicht geeignet, sondern stellt unserer Meinung nach lediglich die Bedarfsermittlung für die Versorgungssicherheit privatwirtschaftlicher Interessen der Kies- und Sand- Abgrabungsunternehmen dar.

Durch die jetzige Form der Bedarfsermittlung können die Abgrabungsunternehmen das Abgrabungstempo



mit einhergehender Flächenvernichtung selbst bestimmen. Mit der lapidaren Begründung „NRW benötigt pro Jahr 50 Millionen Tonnen Sand und Kies – andernfalls ist die Kon-

junktur futsch“, sagt „Zukunft Niederrhein“, die Lobbyinitiative der Sand- und Kiesindustrie, welche „Zukunft“ sie für den Niederrhein vorgesehen hat.

Ausbaggern bis zum Ende!

Genau das ist der Kern des Problems und provoziert die überall festzustellenden Proteste: Die Forderungen der Sand- und Kiesindustrie nach noch mehr Flächen haben das Fass überlaufen lassen – es reicht! Deshalb fordern wir die Landesregierung von CDU/FDP auf, in der Landesplanung (LEP) die Verlängerung der Versorgungssicherheit auf 25 Jahre zurück zu nehmen!

Denn mit dem sogenannten Entfesselungspaket der Regierung muss durch diese Erweiterung von bisher 20 auf 25 Jahren alleine für den Kreis Wesel mit ca. 300 ha zusätzlichen Abgrabungsflächen gerechnet werden.

Kies-Resolution des Kreistags umsetzen

Die Kies-Resolution des Kreises von 2019 ist da deutlich ambitionierter. Hier steht die Senkung der jährlich zugelassenen Abbaumenge von Lockergesteinen im Fokus. Auf der Basis des Durchschnitts der Jahre 2016, 2017 und 2018 soll bis auf einen Sockel von 50 % in den ersten 5 Jahren der Abbau um jährlich 5 % und in den darauffolgenden 15 Jahren um jährlich 1,7 % gesenkt werden. Demnach wird der Sockel von 50 % nach 20 Jahren erreicht sein.

Wofür soll der Kiesabbau entfesselt werden?

Nun, nicht nur für den heimischen Gebrauch! Den Export von Sand und



Kies gibt die Lobbyinitiative offen zu, konkrete Zahlen nennt sie aber nicht. Das holen wir hier nach: Von 2009 bis 2019 stagnierte die Förderung von Sand und Kies (inklusive Ton und Kaolin) in NRW bei rund 61-63 Mio. Tonnen, davon rund ein Viertel vom Niederrhein aus den Kreisen Kleve und Wesel. Demgegenüber hat sich der Wert dieser Menge im gleichen Zeitraum um fast 30 % auf 554 Millionen Euro erhöht (Quelle: Statistisches Landesamt).

Unsere niederrheinische Heimat ist in vielfacher Weise zu wertvoll, um großflächig abgegraben zu werden. Ackerflächen, Weiden, Wiesen und Grünflächen haben wesentliche Funktionen für unser Ökosystem.

HUBERT KÜCK:

„Der Kreis Wesel hat in Sachen Kies und Sand seit Jahrzehnten genug für Deutschland und Europa geleistet.“



IMPRESSUM

Redaktion:
Kreistagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Reeser Landstraße 31
46483 Wesel
Telefon 0281/2072004
gruene-fraktion@kreis-wesel.de

Entwurf, Satz, Produktion:
TYPOGRAF
Franken-Tuschen GbR
Schwalbenweg 14
47475 Kamp-Lintfort
Mobil 0152 53 6815 13
typograf@johannes-tuschen.de
www-typograf-kamp-lintfort.de

Besuchen Sie uns auch
in den sozialen Netzwerken:

 @GrueneKTFwesel

 @gruenektwesel

UNSERE FORDERUNGEN:

Mit diesem Ausverkauf unserer Landschaften und Ressourcen muss Schluss sein! Wir fordern, dass der vom Land NRW zu sichernde Bedarf ausschließlich diejenigen Mengen an Kies und Sand landesplanerisch absichern soll, die für Bauvorhaben in NRW verwendet werden. Die Bedarfsfeststellung muss auf Grundlage einer neutralen Prognose erfolgen. Daher verlangen wir, dass die exportierten Sande und Kiese nicht auf den landesplanerisch zu sichernden Bedarf angerechnet werden.

Weiter fordern wir, die Recyclingquote für genutzte Baustoffe zu erhöhen und bei der Bedarfsabschätzung anzurechnen. Kies und Sand sollten als originäre Rohstoffe nach Möglichkeit nur dann und nachrangig eingesetzt werden, wenn keine anderen Baustoffe Verwendung finden können. Die von „Zukunft Niederrhein“ behauptete mehr als 90-prozentige Wiederverwertungsquote beim Bauschutt ist eine Nebelkerze. Laut Umweltbundesamt (Stand 2016) fielen aus Bauschutt und Straßenaufbruch rund 75 Millionen Tonnen an, davon wurden aber nur 15,2 Millionen Tonnen hochwertig als Gesteinskörnung in Asphalt- und Betonherstellung verwendet. Es kommt also auf die Qualität der Wiederverwendung an.